

## Sie dürfen ihr Ziel nicht erreichen!

Vor einem Monat wurde die Kameradschaft Freikorps verurteilt. Die zwölf Jugendlichen hatten mit Wissen zahlreicher BürgerInnen zehn Geschäfte von MigrantInnen angezündet, um sie aus dem Land zu vertreiben. Jetzt sind wieder innerhalb einer Woche vier Döner-Stände attackiert worden. In Rheinsberg brannte der Imbisswagen von Mehmet Cimendag vollständig ab. Ihm und seiner Frau – sie haben ein einjähriges Kind – wurde die Existenzgrundlage genommen. Es war der vierte Anschlag auf ihren Imbiss innerhalb von zwei Jahren. Zweihundert BürgerInnen versammelten sich vor den verkohlten Resten des Imbisses, um ihre Solidarität zu zeigen. »Wir möchten Sie, lieber Mehmet Cimendag, bitten, unserer Stadt nicht den Rücken zu kehren«, schrieb die Stadt Rheinsberg in einem Offenen Brief, und: »Wir bieten Ihnen an, Sie mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, in unserer Stadt eine sichere Existenz zu gründen.«

Die Opfer der rassistischen Gewalt können sich solcher Solidarität keineswegs sicher sein. Sie können nur darauf hoffen. Denn leider zeigen sich viele BürgerInnen und auch politische Verantwortliche gleichgültig, wenn MigrantInnen zu Schaden kommen. Die Lage ist ernst: Können MigrantInnen in Brandenburg leben? Oder lässt es die Öffentlichkeit zu, dass Menschen aus dem Land gejagt werden? Jeder, der eine offene Gesellschaft wünscht, in der Menschen ohne Ansehen ihrer Hautfarbe oder Herkunft zusammenleben können, ist gefordert: Die rassistischen BrandstifterInnen dürfen ihr Ziel nicht erreichen!  
*Opferperspektive e.V.*

### INHALT

**FOKUS** Angriffsziel Imbiss

**AKTIV** Hilfe für Betroffene

**ZUSTÄNDE** Leben im »Dschungelheim«

**MONITOR** Alltäglicher Rassismus



Mehmet Cimendags Imbiss, 30.3.2005

### SPENDENAKTION

#### Helfen Sie Mehmet Cimendag

In der Nacht zum 30. März brannte Mehmet Cimendags Imbiss in Rheinsberg nieder. Es war der vierte Anschlag seit der Eröffnung des Döner-Standes vor zwei Jahren. Drei rechte Jugendliche, die nach einem Brand im August 2003 festgenommen worden waren, gaben als Motiv an: »Wir sind hier nicht in Türkei.« Mehmet Cimendag und seine Familie haben ihre Existenzgrundlage verloren. Die Versicherung wird einen Teil des Schadens ersetzen. Aber für einen Neuanfang wird das nicht reichen.

Engagierte BürgerInnen und die Stadt Rheinsberg unterstützen die Familie. Sozialhilfe können die Cimendags nicht in Anspruch nehmen, weil sonst die beantragte Einbürgerung abgelehnt würde. »Ich lasse mich nicht vertreiben!«, sagt Mehmet Cimendag. Er will einen neuen Imbiss aufmachen. Bitte helfen Sie mit Ihrer Spende:

**Opferperspektive, MBS Potsdam,  
Kto.-Nr. 350 202 3041,  
BLZ 160 500 00,  
Verwendungszweck »Rheinsberg«**

### MONITOR

#### Rechte Gewalt

Die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt registrierten im Jahr 2004 insgesamt 551 Gewalttaten in Ostdeutschland. Die meisten Angriffe ereigneten sich in Sachsen und in Brandenburg, wo die Opferperspektive 134 rechte Gewalttaten zählte, so viele wie in keinem Jahr zuvor. Rassismus war die häufigste Tatmotivation. Betroffen waren meist Flüchtlinge, aber auch Studierende und AustauschschülerInnen, Gewerbe-

treibende und TouristInnen. Jugendliche, die erkennbar nicht zur rechten Szene gehören, sowie BürgerInnen, die gegen rechte Parolen auftraten, wurden ebenfalls oft angegriffen. Zweimal schlugen Rechte zu, weil ihnen Behinderte als »minderwertig« galten. Aus dem gleichen Grund zündeten zwei Rechte einen Obdachlosen an, der nur knapp mit dem Leben davon kam.

## Nicht einmal eine Geste des Bedauerns

Im Februar 2004 besuchte eine Mitarbeiterin der Opferperspektive eine vietnamesische Familie, auf deren Geschäft ein Brandanschlag verübt worden war. Die Ware war verbrannt oder verrußt, der Schaden betrug 35.000 Euro. Die Opferperspektive bat die Stadtverwaltung, über ein Hilfsangebot für die Familie nachzudenken, und regte an, die Kommune möge das Gespräch mit den MigrantInnen im Ort suchen. Vergebens. »Da kann man wohl nichts machen«, war die häufigste Antwort.

Im April 2004 bekam die Familie einen Brief, in dem die Staatsanwaltschaft mitteilte, dass das Verfahren eingestellt worden sei. Zwei Monate später verkündete der Innenminister die Enttarnung einer rechtsextremen Gruppe, die für zehn Brandanschläge auf Geschäfte von MigrantInnen in der Region verantwortlich sei. Über den Fall wurde in den Zeitungen und im Fernsehen berichtet; nur die Familie, deren Geschäft verbrannt worden war, wurde nicht informiert. Ein halbes Jahr später erhielt der Inhaber eine Zeugenvorladung des Oberlandesgerichts.

»Die haben bei mir eingekauft«, sagte der vietnamesische Geschäftsmann, nachdem er den Tätern vor Gericht gegenüber gestanden hatte. »Ich war wütend, ich wollte wissen, warum sie uns das angetan haben.« Aber die Brandstifter schwiegen. Im März 2005 wurde das Urteil gesprochen. Zwölf Jugendliche hatten die Kameradschaft Freikorps gegründet und in einer Satzung festgehalten, dass sie MigrantInnen durch Anschläge vertreiben wollen. Die Gruppe wurde als »terroristische Vereinigung« eingestuft. Ihr Anführer, mit 20 Jahren der Älteste in der Gruppe, bekam eine Haftstrafe von viereinhalb Jahren. Während des Prozesses kam heraus, dass die Neonazis von vielen BürgerInnen gedeckt worden waren. »Es war allgemein bekannt, wer die Imbisse angezündet hat«, sagte eine Lehrerin. Auch der Bürgermeister eines Ortsteils hatte es gewusst. Die Mutter von einem der Täter hatte die Brandstifter zu einem der Anschläge gefahren.

Nach dem Urteil besuchte die Opferperspektive die Anschlagopfer. Von der Kommune hatte sich bei keinem der Betroffenen jemand gemeldet – nicht nach den Anschlägen, nicht nach der Festnahme der Täter, nicht nach dem

Urteil. Sie hätten Hilfe gebraucht, aber die Verantwortlichen waren offenbar nicht einmal zu einer Geste des Bedauerns fähig.

Einige Betroffene haben Schadensersatz von Versicherungen bekommen, andere aber hatten – wie die vietnamesische Familie – keinen Versicherungsschutz. Dazu kam der Verdienstaustausch: Einige der niedergebrannten Imbisse mussten über Wochen, manche über Monate geschlossen bleiben. Einer der Brandstifter ließ der vietnamesischen Familie durch seinen Anwalt eine Zahlung von 20 Euro monatlich anbieten. Die niedri-

ge Summe irritierte sie. Sie erwägen nun, ob sie auf Schadensersatz klagen sollen. Aber das kann Jahre dauern. Wenn das Zivilverfahren gewonnen wird, erhalten sie nur dann etwas, wenn die Täter zahlungsfähig sind; verlieren sie, müssen die Opfer auch noch die Kosten des Verfahrens tragen.

Manche der Betroffenen hatten gehofft, der Staat würde ihnen helfen. Aber die Entschädigung der Bundesanwaltschaft für Opfer rechter Gewalt können sie nicht in Anspruch nehmen, weil sie keine körperlichen Verletzungen erlitten haben.

### AKTIV

#### Angriffsziel Imbiss – Hilfe für Betroffene



Zeichen der Solidarität in Rheinsberg – Foto: Michael Schwandt, RAA

Seit dem Jahr 2000 wurden in Brandenburg über 60 Anschläge auf Asia- und Döner-Imbisse verübt. Nach einem Anschlag sind die Opfer mit einer Vielzahl rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Probleme konfrontiert, bei deren Bewältigung sie auf Hilfe angewiesen sind. Um Kommunen und Behörden Möglichkeiten aufzuzeigen, die Betroffenen zu unterstützen, hat die Opferperspektive das Informationsheft »Angriffsziel Imbiss« mit Fallbeispielen, Analysen und Handlungsempfehlungen herausgebracht.

Das Heft basiert auf einer Studie, die von der Opferperspektive zusammen mit der Landesausländerbeauftragten und dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Auftrag gegeben wurde. Für ImbissbetreiberInnen bietet die Opferperspektive auch einen kleinen Ratgeber in vietnamesischer und in türkischer Sprache an.

Informationen:

[www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

Bestellungen:

[info@opferperspektive.de](mailto:info@opferperspektive.de)

## Leben im »Dschungelheim«

Unterkünfte für AsylbewerberInnen müssen vor allem eins sein: billig. Der abschreckende Effekt, der bei radikaler Kosteneinsparung herauskommt, wird vom Gesetzgeber durchaus beabsichtigt. Besonders deutlich zeigt sich das an den »Dschungelheimen«, wie sie ironisch von Flüchtlingen genannt werden: abrisssreife Baracken mitten im Wald, die die Fahrt in die nächste Stadt zu einem Tagesausflug machen. Dass Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung unter solchen Bedingungen äußerst rar sind, verhindert die »Verfestigung des Aufenthalts«.

Peter Lawson kommt aus Sierra Leone. Er lebt seit vier Jahren in Crussow, genauer gesagt: im Wald bei Crussow, in einer alten russischen Kaserne. Nach Angermünde sind es zehn Kilometer durch den Wald. Die »Residenzpflicht« verbietet ihm, den Landkreis Uckermark zu verlassen. Peter Lawsons Lichtblick war das Training im Boxclub in Schwedt. Aber auch dorthin kann er seit dem 23. Januar 2005 nicht mehr.

An jenem Abend war Peter Lawson mit seinem Freund Joseph in einer Kneipe in Schwedt. Kurz bevor sie nach Hause gehen wollten, stellten sich ihnen zwei Männer in den Weg. »Nigger, hau ab!«, pöbelten sie und gingen auf Joseph los. Als Peter Lawson sich schützend vor den Freund stellte, wurde er von einem harten Faustschlag gegen den Kiefer getroffen. Er verlor das Bewusstsein, fiel auf den Asphalt. Immer wieder traten die Rechten ihm gegen den Kopf und trampelten auf ihm herum, berichtete ihm Joseph später.



Peter Lawson nach dem 23.1.2005

Peter Lawson musste einige Zeit im Krankenhaus bleiben. Die Schürfwunden verheilten, aber kauen kann er auch heute nur unter Schmerzen; Kopfschmerzen plagten ihn, eine Verletzung des Ellenbogens wird nicht besser. Er hat das Gefühl, dass ihm alle Lebenskraft genommen wurde. Vor Fahrten nach Angermünde hat er Angst, doch dorthin muss er zum Arzt und zum Einkaufen. Immer wieder wurde er seit dem Angriff rassistisch beschimpft oder bedroht. Als Afrikaner fühlt er sich wie ein Fremdkörper in Angermünde. Sein Hilferuf: »Lasst mich raus aus Crussow, lasst mich in einer Stadt leben, nicht in Angermünde, lasst mich in einer Wohnung leben, nicht in einem Lager im Wald.«

Peter Lawson hat mit Hilfe der Opferperspektive einen Antrag gestellt, nach Prenzlau umziehen zu dürfen. Dort hätte

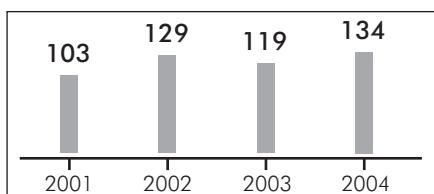
er die Chance, in Vereinen Menschen kennen zu lernen und Unterstützung zu bekommen. Doch die Ausländerbehörde will auch den Umzug in die Kreisstadt nicht erlauben. Der Flüchtling sei »ausreisepflichtig«, er habe zudem bei der Passbeschaffung nicht mitgewirkt und eine falsche Identität angegeben. Dass diese Behauptung nachweislich falsch ist, hat die Opferperspektive dem Landrat inzwischen detailliert dargelegt. Jetzt könnte die Behörde die einzig angemessene Entscheidung treffen: Peter Lawson zu gestatten, in einer Umgebung zu leben, wo er wieder Mut schöpfen kann.

Bitte schreiben Sie an den Landrat und setzen Sie sich für Peter Lawson ein: Landrat Herr Klemens Schmitz, Karl-Marx-Str. 1, 17291 Prenzlau.



Asylbewerberheim bei Crussow

## Alltäglicher Rassismus



Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten in Brandenburg

Über 90 Prozent der rechtsmotivierten Gewaltdelikte konnten nach Angaben des Innenministeriums 2004 aufgeklärt werden. Laut Justizministerium wurde in über 75 Prozent der Fälle Anklage erhoben. Auch wenn bei diesen Zahlen eine Dunkelziffer bleibt: Rechte Schläger müssen in Brandenburg mit Strafverfolgung rechnen. Und sie erhalten oft deutliche, zum Teil drastische Haftstrafen. Viele Angeklagte lassen aber kein Unrechtsbewusstsein erkennen. In einem Verfahren gegen zwei Männer, die einen Kenianer mit einer Glasscherbe in den Hals gestochen hatten, sagten mehrere Zeugen, einer der Täter habe den Angriff mit den Worten gerechtfertigt: »Den Ausländern geht es hier zu gut.« Jedes Mal, wenn er mit diesem Satz zitiert wurde, nickte der Beschuldigte eifrig; er fühlte sich offenbar durch die belastenden Aussagen bestätigt. Einer Frau, die dem Asylbewerber wahrscheinlich das Leben rettete, wurde in ihrem Wohnort gesagt, sie hätte »den Schwarzen doch liegen lassen sollen«. Der Haupttäter wurde im Februar 2005 zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Er war nicht vorbestraft und hatte keine Verbindungen zur Neonazi-Szene – ein gewöhnlicher Bürger. Rassismus ist in der Mark weit verbreitet: 12 Prozent der BrandenburgerInnen haben eine rechtsextreme und 31 Prozent eine ausländerfeindliche Einstellung, so die Ergebnisse einer Studie, die Wissenschaftler der Freien Universität Berlin im März 2005 vorstellten. Demnach sind rechtsextreme Einstellungen in der Altersgruppe ab 65 Jahren mehr als doppelt so häufig anzutreffen wie bei jungen Erwachsenen bis 24 Jahren. Und über die Hälfte der Rechtsextremen, so die Studie, wählen SPD oder CDU. Rassistische Gewalttäter müssen so nur bedingt fürchten, von Eltern, LehrerInnen und NachbarInnen abgelehnt zu werden. Vielmehr können die Täter oft darauf vertrauen, dass ihr soziales Umfeld keinen Anstoß daran nehmen wird, wenn MigrantInnen zu Schaden kommen.

## »Denkzettel« für die AWO

Den diesjährigen »Denkzettel« des Brandenburger Flüchtlingsrats erhielt der Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Havelland. Den Preis, der am Antirassismustag am 21. März verliehen wurde, hat Ralf Schröder bekommen, weil er im Flüchtlingsheim Rathenow Neonazis beschäftigte sowie die Post und die Zimmer der Flüchtlinge kontrollieren ließ. Als sich die BewohnerInnen mit einem Offenen Brief wehrten, zeigte sie die AWO wegen Verleumdung

an. Im November 2004 wurden die Flüchtlinge freigesprochen; die von ihnen vorgebrachten Vorwürfe seien zutreffend, so das Gericht. Aber anstatt Konsequenzen zu ziehen, erklärte Ralf Schröder: »Welches Urteil gesprochen wurde, ist für uns nicht von Interesse.« Inzwischen hat der Landrat der AWO deshalb eine Abmahnung erteilt. Die Opferperspektive fordert eine Versetzung des uneinsichtigen Geschäftsführers.

## Fördermittel gestrichen

Im Januar 2005 strich die neue Justizministerin Beate Blechinger (CDU) der Opferperspektive die Förderung. Begründung: Für »freiwillige Aufgaben« sei kein Geld da. Die Entscheidung rief öffentliche Kritik hervor. Daraufhin setzte sich die SPD-Fraktion erfolgreich dafür ein, die von der Opferperspektive beantragten 45.000 Euro nachträglich in den Haushaltsentwurf aufzunehmen. Seitdem nun für »freiwillige Aufgaben« Geld

vorhanden ist, führt das Justizministerium eine neue Begründung an, um der Opferperspektive Fördermittel vorzuenthalten: Die Arbeit des Vereins sei zu teuer, erklärte die Ministerin. Außerdem soll das Geld nicht Opfern rechter Gewalt, sondern allen Opfern zugute kommen. Im Koalitionsvertrag, den SPD und CDU unterzeichnet haben, war die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur »zentralen Aufgabe« erklärt worden.

## Tödlicher Messerstich

Am 28. März 2005 wurde Thomas S. von einem einschlägig vorbestraften Rechtsextremisten auf dem U-Bahnhof Kampstraße in Dortmund ermordet. Der 32-jährige Punker wurde von einem 17-jährigen Skinhead nach einem Wortwechsel mit einem Messer niedergestochen. Der geflüchtete Täter wurde noch am gleichen Tag verhaftet. Die FreundInnen von Thomas S. versammelten sich

am Tatort zu einer Mahnwache und legten Blumen nieder. Tags darauf wurden sie von einer Gruppe Neonazis bedroht. Am 30. März griff ein Rechtsextremer die Trauernden mit einem Messer an. Seit 1990 sind über 130 Menschen in Deutschland durch rechte Gewalt zu Tode gekommen.

Informationen:  
[www.opfer-rechter-gewalt.de](http://www.opfer-rechter-gewalt.de)

## IMPRESSUM



Herausgeberin:  
Opferperspektive e.V.  
Schloßstr. 1  
14467 Potsdam  
Telefon: 0171 1935669  
Telefax: 012125 11559889  
Email: [info@opferperspektive.de](mailto:info@opferperspektive.de)  
Internet: [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

Redaktion: Jonas Frykman,  
Opferperspektive e.V.  
Gestaltung: S. Steinhof, [www.rrita.de](http://www.rrita.de)

Spendenkonto: 350 202 3041  
Mittelbrandenburgische Sparkasse  
Potsdam  
BLZ 160 500 00